

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Samstags- und Sonntagsausgabe

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Samstags- und Sonntagsausgabe

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beilage das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 5.00.

Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem künftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9spaltige Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4spaltige Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Ausgabe.

Nr. 28

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Freitag, 4. Februar 1921. (Veronika)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Neuestes in Kürze.

Wien, 4. Febr. Ein amtlicher Bericht über die heute erfolgte Begegnung des Bundeskanzlers Dr. Mayr mit dem tschechischen Minister des Innern Dr. Benesik stellt fest, daß die Besprechung eine weitgehende Übereinstimmung ergeben habe.

Wien, 4. Febr. Von 29 an Flecktyphus erkrankten Personen sind 3 gestorben. 25 Erkrankungen außerhalb Wiens wurden gemeldet.

Brag, 4. Febr. Aus Anlaß der bevorstehenden Volkszählung in Tschechien leitete die sozialistische Partei des Landes eine planmäßige Werbearbeit für den Austritt der tschechischen Bevölkerung aus der katholischen Kirche ein.

Paris, 3. Febr. Wie der Finanzminister mitteilt, hat die letzte Anleihe rund 28 Milliarden Franken eingebracht. Im Vergleich sind rund 11 Milliarden Franken eingegangen.

Paris, 4. Febr. Auf der Straße Paris-Bombay entgleiste ein Güterzug, auf den ein Personenzug folgte. Bis jetzt wurden 10 Tote und 45 Verletzte festgestellt.

London, 4. Febr. Die amerikanische Presse ist fast einstimmig der Meinung, daß den Bestimmungen in der Bestimmung betr. die Wiederherstellung durch Deutschland unvermeidlich seien.

Dublin, 4. Febr. Bei einem Zusammenstoß zwischen Polizisten und Randalpersonen in Dún Laoghaire wurde eine Anzahl Personen getötet.

Moskau, 4. Febr. Die Moskauer Zwischzeitung berichtet, daß die Einführung der Zwangsarbeit in Westsibirien ein vollständiges Fiasko darstelle, da die tschechischen Arbeiter keine genügenden Kruppen zu ihrer Verfügung haben, um die Arbeiter zu Arbeit anzubahnen.

Mailand, 4. Febr. Heute verstarb nach monatelanger Krankheit der hiesige Erzbischof, Kardinal Ferrari im Alter von 61 Jahren.

Melbourne, 4. Febr. Der australische Reichspräsident erklärte, die Pariser Beschlüsse seien für Deutschland zu milden. (1)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. Febr. Im weiteren Verlauf der gestrigen Reichstags-Sitzung, die über den

Wohlfahrtsgesetz

beriet, führte Reichsminister Gieseler u. a. aus: Die bisherige deutsche Verfassung ist durch den Friedensvertrag von Versailles beseitigt worden. In ihre Stelle ist das vorliegende Gesetz treten. Das Gesetz regelt die Beziehungen zwischen Reich und Ländern. Bei den bisherigen Verfassungen sind wir gebunden an den Friedensvertrag und die Weimarer Verordnungen mit den Ländern. Den Soldaten sind in dem Entwurf alle mit ihrem Recht zu vereinbarenden Rechte eingeräumt, aber im Interesse des Reiches und des Heeres muß die Disziplin unbedingt sichergestellt werden. Der Reichstag muß die Möglichkeit haben, zu intervenieren, wenn die Disziplin und die Kameradschaft gefährdet ist. Das passive Wahlrecht ist nach der Verfassung seinem Angehörigen der Weimarer Verordnungen. Im übrigen liegt unter Soldaten auch die Offiziere verstanden. Das Offiziersproblem wird nicht dadurch gelöst, daß ein paar Unteroffiziere als Konzeptionschützen zu Leutnants gemacht werden. Es kann kein Mann Offizier werden, der nicht zwei Jahre mit der Mannschaft in Reich und Glied gefahren hat. Das Reichsheer darf keine Parteifache sein, sondern muß zu einer Angewandtheit der Nation werden.

Damit schließt die Rede. Die Vorlage geht an den Ausschuss von 28 Mitgliedern.

Es folgt die erste und zweite Beratung des gemeinsamen Entwurfs der Konstitutionspartei und der Mehrheitspartei.

Erörterung des Wohnungsbau.

Für die Zeit bis 1940 für alle vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude Abgaben zu erheben. Die Länder sind berechtigt, an die Stelle dieser Abgaben Zuschläge zu der Steuer vom Grundbesitz zu treten zu lassen.

Der Gesetzentwurf wird unter Ablehnung der dazu gestellten Anträge in der ersten, zweiten und dritten Lesung gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Es folgt die Interpellation des Abg. Gergt (D. N.). Graf Bernstorff (Deutsch-Dänischer), Eisenberger (Bauernbund) und Genossen über die

Haftbewirtschaftung.

Die Interpellation wendet sich gegen, daß im Gegensatz zu der Haftfreigabe vom 20. August 1920 eine Verordnung des Reichsministeriums vom 11. Dez. 1920 den Bewohnern eine Mindestabfuhrungspflicht für die Haft auferlegt, was schwere Mißstände für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung ergeben habe.

Zur Beantwortung der Interpellation nimmt das Reichsministerium folgende Stellung: Aus der Frage des Hafters hat sich bald eine Gefährdung der Bevölkerung mit Proleten ergeben. Mit Rücksicht auf die dringenden Vorstellungen der Landwirte wurde von einer Rationierung abgesehen. Die Verordnung vom 11. Dezember legt den Landwirten nur eine Mindestabfuhrungspflicht auf. Das war dringender notwendig, weil vorher die Befreiung nur sehr gering gewesen war. Die Regierung will Gärten dadurch vermeiden, daß bei der Unterbreitung der landwirtschaftlichen Organisationen herangezogen werden und daß bei der Befreiung der Arbeiter im Austausch der Landwirten

Briand erklärt sich.

Deutschlands Klein.

London, 3. Febr. Deutschlands Klein lautete die Überschrift, unter der die Blätter die Rede des deutschen Ministers des Innern im Reichstage bringen.

Wie berichtet wird, erklärt man in maßgebenden Kreisen, daß nicht die geringste Möglichkeit besteht, irgendwie von den Beschlüssen abzugehen. Das Reichsbureau erklärt, die deutschen Presseäußerungen über die Pariser Beschlüsse hätten in gut unterrichteten Kreisen keinerlei Überraschung hervorgerufen.

Daily Chronicle schreibt, niemand könne erwarten, daß irgendeine spätere Abänderung der wesentlichen Bestandteile dieser Kaufleute möglich sei. Es beständen Einzelheiten mit Bezug auf die Zeit, den Ort und die Art der Bezahlung, bezüglich deren die Deutschen, wie es sich gehört, befragt werden sollten.

Daily News schreiben, wenn Deutschland klug sei, so werde es sich auf die konstruktiven Vorschläge, die Dr. Simons in Aussicht stelle, konzentrieren. Dr. Simons habe durch seine mutige und aufrichtige Politik Deutschland in den letzten Monaten unschätzbare Dienste geleistet. Deutschland sei durch aus im Recht, wenn es fordere, gehört zu werden, und die Alliierten würden, wenn sie klug seien, keine Abneigung zeigen, die Deutschen anzuhören.

Briands Erklärung.

Paris, 3. Febr. Im Kammern und Senat gab Ministerpräsident Briand heute eine Erklärung ab, die u. a. befragt:

Die Konferenz von Paris war veranlaßt durch die Notwendigkeit, uns über die Entwaffnung Deutschlands, über die orientalische Frage und über die Entschädigungsfrage zu verständigen. Die französische Regierung, die seit dem 1. Januar 1921 die in Spa vorgesehenen Strafmaßnahmen hätte verhängen können, legte Wert darauf, in aller Mäßigkeit mit den Verbündeten zu sprechen. Die militärischen Marine- und Luftfahrtsachverständigen waren beauftragt worden, eine Liste der schweren Verletzungen Deutschlands aufzustellen und die wirksamsten Maßnahmen zur Durchführung der Entwaffnung Deutschlands in jeder Form vorzuschlagen. Die Frage der Entwaffnung bleibt in der Tat eine Lebensfrage für die Sicherheit Frankreichs.

Als diese Frage zu unserer vollen Genugtuung geregelt war, beschloß sich die Konferenz mit der Entschädigungsfrage. Schon waren beträchtliche Schwierigkeiten im Augenblick der Abfassung des Pariser Friedensvertrags aufgetaucht. Wenn es bisher schwierig war, zu einer Lösung zu gelangen, so kamen jetzt die verbündeten Regierungen überein, diese Frage auf die Tagesordnung der Pariser Konferenz zu legen. Die ganze Welt wünschte festhalten, sobald wie möglich das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Beziehungen wiederhergestellt zu sehen.

Frankreich befand sich in der materiellen und moralischen Notwendigkeit, die Entschädigung, Wiederherstellung und den Wiederaufbau seiner zerstörten Provinzen zu verlangen. Aber Meinungsverschiedenheiten in der Schätzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands machten sich bemerkbar.

Wir hatten uns folgende Ziele gesetzt: 1. Endlich von Deutschland wirkliche und sofortige Zahlungen zu erhalten, und zwar in Beträgen, die so hoch wie möglich waren. 2. Wollten wir die Gläubigerstaaten Deutschlands durch eine der wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutschlands angepaßte Kombination an den Gewinnen Deutschlands teilnehmen lassen, um die Amoralität zu vermeiden, die das Schauspiel geboten hätte, daß sich der Besiegte bereichere und der Sieger ruiniert werde. Wenn wir den Gedanken von einer Reihe von Jahreszahlungen nicht zurückwiesen, die auf der Zahlungsfähigkeit Deutschlands begründet waren, wollten wir auch nicht den wahrscheinlichen Fall aus dem Auge verlieren, daß infolge der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, dessen Möglichkeit, sich seiner Schulden zu entledigen, in der Zukunft größer geworden wäre. Wir hatten allen Grund zu der Annahme, daß die Festlegung einer Zahlungsabfuhrung im direkten Zusammenhang mit der deutschen Ausfuhr, die nach dem Vorschlag der französischen Abordnung in Gold zahlbar wäre, dieses Problem lösen könnte, und zwar mit der größtmöglichen Sicherheit und Gerechtigkeit.

Die Erhebung einer proportionalen, in fremden Werten auszahlbaren Jahresrate auf die gesamte deutsche Ausfuhr wird im Rahmen des Möglichen die Lage Deutschlands bessern. Briand wandte sich dann den Jahreszahlungen zu, die Deutsch-

land zu leisten haben wird, und ging weiter auf die 12prozentige Ausfuhrsteuer ein.

Frankreich erhält ein Butterbrot.

Die R. Z. meldet weiter: Nach Verlegung der Erklärung der Regierung sprach Abg. Margaine, der bemängelte, daß der Vertrag von Versailles keine finanzielle Gemeinwirtschaft sichergestellt habe. Auch Amerika habe sich seinen Verpflichtungen aus dem Vertrag entzogen.

Nach ihm behauptete Kommunist Cachin, man habe Deutschland in der Entwaffnungsfrage neue Fristen gewährt, damit das reaktionäre Deutschland gegen die russische Regierung gestiftet sei. (Das sind Kommunisten, man denke sich, wie die Deutschen gehandelt hätten.) Cachin sprach von den großen Gewinnen der deutschen Industrie. Wenn es in Deutschland zu Zwangsmaßnahmen käme, würden nur die Armen darunter leiden.

Nach ihm ergreift das Wort Abg. Lacotte, der allerdings wegen seiner starken Lobpreisungen nur Heiterkeitserfolge erzielte. Er war mit den Zahlen nicht zufrieden, es erfolgte ein Butterbrot.

Lacotte behauptete, die Haltung Englands habe die Freundschaft Amerikas und Frankreichs gefährdet.

Als letzter sprach Andre Tardieu. Er kritisierte das Abkommen von Paris, das nicht gefalle, die Rückzahlung aller Entschädigungslosten zu verlangen. Man könne unter keinen Umständen zugeben, daß das Abkommen von Paris über den Vertrag hinaus Vorteile gewähre. Im Gegenteil, alle Sicherheitsmaßnahmen seien vorgesehen worden, aber auch alle Strafmaßnahmen seien im Vertrag von Versailles enthalten.

Ministerpräsident Briand erklärte, die Regierung werde mit Tardieu auf dieser Grundlinie nicht diskutieren.

Tardieu antwortete, er verlange aber, daß man sich nach den parlamentarischen Regeln richte. Er könne von seinem Standpunkt nicht abgehen und müsse behaupten, daß das von Briand geschlossene Abkommen weder neue Pflichten noch neue Sicherheitsmaßnahmen schaffe. Besonders unangenehm zeigte Tardieu sich davon berührt, daß man nach 15 Jahren, wenn Deutschland regelmäßig bezahlt habe, das linke Wesen der Verleumdung nicht habe. Auf den Zorn eines Abgeordneten, er wolle wohl auch am Morgen bleiben, antwortete Tardieu, diese Frage sei sehr ernst.

Schmachvoller machen.

Frankfurt, 3. Febr. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: Lord d'Herbington, der englische Sachverständige in der Reparationsfrage und Vorkämpfer in Deutschland, ist heute vorübergehend auf seinen Berliner Posten zurückgekehrt, um das Pariser Programm der deutschen Regierung ein wenig schmachtlicher zu machen. Der Vertreter Englands sollte die Gelegenheit wahrnehmen, über gewisse Widersprüche der englischen Politik Aufklärung zu geben.

Die blödsinnige französische Sprache.

London, 3. Febr. Der französische Ministerpräsident Briand veröffentlicht in der „Morning Post“ eine Notiz, in der die englische Nation Briand dankt, daß es während des Krieges für Frankreich gelang habe, die Alliierten, so heißt es in der Notiz, können mit dem Resultat der Pariser Konferenz zufrieden sein, denn ein vollkommenes Einvernehmen ist erzielt worden. Zwischen England und Frankreich kann es keine Meinungsverschiedenheiten mehr geben.

Zur deutschen Gegenantwort.

Berlin, 3. Febr. Man rechnet mit einem Zeitraum von zehn Tagen, innerhalb deren der deutsche Gesetzentwurf auf die Entente notifiziert wird. Bis zur Beendigung dieser Arbeit verbleibt Staatssekretär Bergmann in Berlin.

Die Vermögensfrage.

Paris, 3. Febr. Die Ententevertreter der Brüsseler Konferenz veröffentlichten in einem umfangreichen Bericht die Ergebnisse ihrer Untersuchungen über die Finanzen des Deutschen Reiches und über das Reichsbudget. Sie erklärten darin, daß das Reichsbudget vom kommenden Jahre an sich vergrößern werde.

Einnahmen insgesamt 40 Milliarden, Ausgaben insgesamt 110 1/2 Milliarden und mit den 4 1/2 Milliarden Ergänzungskrediten insgesamt 115 Milliarden. Das Defizit beträgt somit 75 Milliarden. Es handelt sich hierbei um Papiermarken. Nachzu 31 Milliarden Ausgaben müßten in einem mehr oder weniger entfernten Zeitraum von dem Jahresbudget verschwinden, 8 Milliarden Einnahmen haben nur einen provisorischen Charakter. Das künftige Budget würde damit ein Defizit von 62 Milliarden aufweisen. Auf Grund dieser Schlußfolgerungen trugen sich die Sachverständigen ab, man nicht eine Verbesserung der Lage im Jahre der nächsten Budgetjahre herbeiführen könne durch Anleihen oder durch Einschränkung der Ausgaben oder durch Erhöhung der Einnahmen. Die Sachverständigen machten folgende Vorschläge:

1. Alle Auslagen mit ausfalligen Charakter müssen ausgeschlossen werden. So könne man sogar, wenn auch nicht für das nächste Budgetjahr, so doch für die nachfolgenden, einen Einmischungsversuch wagen.

2. Die außerordentlichen Ausgaben und ausfalligen Ausgaben werden zum größten Teil mit Mitteln aus dem Staatsschatz gedeckt. Diese können binnen möglichst kurzer Zeit verschwinden, sofern diese mit

Die Kreistagswahlen.

Man schreibt uns aus dem Landkreis: Mit den Preußen- und Provinzialwahlen werden, erstmalig wie letztere, die Kreistagswahlen getätigt werden. Die Zentrumspartei des Landkreises Neuß ist bereits mit ihrer Vorkampfsliste an die Öffentlichkeit getreten (s. Nr. 26). Nun müssen wir uns über die Bedeutung und Vorbereitung auch der Kreistagswahl klar werden.

Während der Provinziallandtag wenigstens die Richtung vorgezeichnet hat, in denen sich seine Aufgaben bewegen, ist das beim Kreistag nicht der Fall. Um so mehr muß man mit den Möglichkeiten rechnen. Ratsliege, daß der Kreistag als vollausgebaute Volkskammer zunächst die Wahl des Landrats in seinen Aufgabenkreis ziehen wird. Dabei wird es nicht bleiben.

Zum ersten Male werden die Kreistage auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt, während sie früher indirekt aus den vorhandenen Gemeindevertretungen bestimmt wurden. Das bringt einige Umstellungen der Bestimmungen mit.

Unser Kreistag hatte bisher 28 Mitglieder. Diese Gesamtzahl ist auf 21 verringert worden. Die Erfüllung der berechtigten Wünsche der einzelnen 13 Gemeinden nach je einem Vertreter bewirkt in Verbindung mit der Verringerung der Mandate, daß stufenweise mit allen Traditionen in der Befolgung gebrochen werden mußte. Es ging bei Aufstellung insbesondere der Zentrumsliste in keiner Weise an, daß einige Gemeinden mehrere und andere keine Sitze erhielten. Bedenkt man, daß infolge der Verhältnismäßigkeit mehrere Sitze der Sozialdemokratie zufallen werden, so wird die Notwendigkeit weiterer Selbstbeschränkung der einzelnen Gemeinden ohne weiteres einleuchten.

Ein Blick auf die Liste beleuchtet, daß sowohl die ständischen wie auch die örtlichen Maßstäbe mit Fleiß und Bedacht zur Erzielung eines gerechten Ausgleiches angelegt wurden. Es fand, um noch einmal zu wiederholen, aufgestellt:

1. Adolf Rothes, Gutspächter (Hans Meer, Widenich).
2. H. G. Weidenfeld, Gutspächter (Widich, Gies).
3. Dr. Emil Breuer, Rechtsanwalt (Widenich).
4. Corn. Reinhardt, Gutspächter (Verkauf, Hof).
5. Bürgermeister Grooten (Widenich).
6. Josef Mantel, Fabrikarbeiter (Dormagen).
7. Harter Henrich (Hedenheim).
8. Frau W. Johnen (Hanshof, Kaar).
9. Kasp. Behn, Schmiedemeister (Grimlinghausen).
10. H. Gans, Landwirt (Eggershofen, b. Rommerst).
11. Josef Berchem, Arbeiter (Stützberg).
12. Gottfried Reussen, Gutspächter (Hedenheim).
13. Joh. Stelzmann, Maschinenarbeiter (Gohlsheim).
14. Frz. Dahmen, Landwirt (Hedenheim, b. Gohlsheim).
15. Heinrich Erbes, Fabrikarbeiter (Gies).
16. Josef Rappers, Landwirt (Widenich, b. Gohlsheim).
17. J. Gies, Lehrer (Widenich).
18. Adam Krings, Eisenbahnbeamter u. a. (Widenich).
19. Wilhelm Meier, Gutspächter (Gons).
20. Gerhard Esser, Bahnarbeiter (Gons).
21. Gns. H. Kraus, Fabrikarbeiter (Stützberg u. Hedenheim).
22. Heinrich Wöhrer, Maurermeister (Dormagen).
23. Wm. J. Hoffen, Gutspächter (Gohlsheim).

Auch für die Kreistagsfraktionen ist an der Bedeutung der außerhalb der Berufsständischen Interessen gewonnenen Gesamtmandatdaten festzuhalten. Sie bilden das, was der Fraktion die geschlossene Richtung, was ihrer Arbeit den einheitlichen Zielbewußtsein Zug gibt. Der Beispiels sind genug, die darum, wie zahlenmäßig starke, aus allen wirtschaftlichen Richtungen zusammengebrachte Fraktionen wegen des Mangels an kulturpolitisch und organisatorisch hochqualifizierten Elementen lahmgelegt werden.

Überblickt man unter diesem Gesichtswinkel unsere Liste, so darf man wohl zufrieden sein. Festzuhalten ist des ferneren, daß wir mit drei getrennten sozialistischen Listen (MSP, MSP., MSP.) zu rechnen haben werden. Dieser Umstand eröffnet unserer Liste die Aussicht, daß wir bei entsprechender Anstrengung über die vermittelte sicheren Sitze hinaus mit diesem oder jenem Mehrerfolg rechnen dürfen.

Bei entsprechender Anstrengung! Das heißt, daß wir logisch und mit Tatkraft an die Wahlarbeit auch für die Kreistagswahlen gehen. Der Landkreis wählt Liste Rothes!

der Notwendigkeit vereinbar ist, soziale Wirren zu vermeiden.

3. Bezüglich des Budgets für die Durchführung des Friedensvertrages von Versailles: Die Ausgaben müssen ganz energig eingeengt werden, so daß alle Ausgaben, die mit den Zahlungen für die Wiederherstellung in Konflikt kommen und die Wiederaufbau der zerstörten Länder verzögern, auf ein Minimum reduziert werden. Die Ausgaben können gedeckt werden mit Hilfe des Mehrertrages im gewöhnlichen Budget, ferner mit neuen Staatsmitteln, die hauptsächlich in der Erhöhung der indirekten Steuern bestehen, ferner in der Erhöhung der Zölle.

Eine Zusammenkunft der deutschen Ministerpräsidenten.

Berlin, 3. Febr. Wie man hört, sind die Ministerpräsidenten der deutschen Länder für übermorgen hierher eingeladen, um in Beratungen mit dem Reichskabinett zu der Lage Stellung zu nehmen, die durch die Note des Reiches über die Reichsregierung mit der Stellungnahme der Reichsregierung in den verschiedenen Ländern gesteuert wird. Wenn jetzt in der Pariser Presse versucht wird, es so darzustellen, als ob die Weigerung der deutschen Regierung nicht so bestimmt sei, wie es auf den ersten Blick erscheine, als ob Minister Simons sich nicht die Hände binden lassen wollen, so muß nach unserer Kenntnis der Dinge diese Auffassung als durchaus abwegig bezeichnet werden. Gerade die Stellungnahme des Ministers Dr. Simons dürfte mit solchen Fälschungen durchaus verfehlt gezeichnet sein. Die amtlichen Stellen legen deshalb auch Wert darauf, zu betonen, daß die Neuerungen des Ministers durchaus eindeutig gemeint seien und man sich auf der Seite des Verbandes ja keinen Täuschungen hingeben möchte. Auf der anderen Seite wird es von der Verbands-Presse so dargestellt, als ob die Abreise des Staatssekretärs Bergmann aus Paris eine Sabotage der Sachverständigenbesprechungen zur Fortsetzung der Brüsseler Beratungen bedeute. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß, wenn die Note des Verbandes als Grundlage für weitere Besprechungen dienen sollte, Staatssekretär Bergmann gar nicht mehr an weiteren Verhandlungen teilnehmen kann, weil ein praktisches Ergebnis ja ganz von vornherein ausgeschlossen wäre. Wenn es nun so dargestellt wird, wie z. B. im Tempel, daß die Sachverständigen Pläne in Brüssel eine mildere Behandlung Deutschlands in der Kriegsschlichtungsfrage vorgehen hätten und daß diese Pläne nun in den sogenannten fünf Vorbedingungen, die gar keine Vorbedingungen waren, sondern heute immer noch Voraussetzungen der deutschen Leistungsfähigkeit überhaupt sind, bezeichnet werden, so widersprechen sich die Neuerungen im andern Lager aufs kräftigste. Im Tempel ist jetzt ausführlich der Bericht der verbündeten Sachverständigen über die deutschen Staatsfinanzen und das deutsche Budget nach den Ergebnissen von Brüssel wiedergegeben. Diese Denkschrift kann hier allgemein nur mit Kopfschütteln gelesen werden, und man scheint zu der Erkenntnis zu kommen, wie im Grunde auch die Sachverständigen Annahmen gemeint waren. Am liebsten haben die hiesigen amtlichen Stellen von dieser Denkschrift noch keine Kenntnis erhalten. Das Auswärtige Amt hat sofort in Paris bitten lassen, ihm diese Denkschrift zur Einsichtnahme zu übergeben.

Geschlossene Abwehr.

Dresden, 3. Febr. In der heutigen Sitzung des Sächsischen Landtages führte Präsident Fräsche vor Eintritt in die Tagesordnung u. a. aus: Das sächsische Volk und sein Landtag nehmen mit unbefriedigter Entschiedenheit an der Entschiedenheit der Sachverständigen und Sachverständigen der Sachverständigen Kenntnis. Der Landtag ist mit dem Reichskabinett in Verbindung zu stehen und die Sachverständigen keine Grundlage zu Verhandlungen und Verständigungen bilden können. Schon eine teilweise Erfüllung dieses Diktums ist unmöglich. Ich glaube mich mit der Kammer im Einklang zu befinden, wenn ich die schärfsten Proteste gegen solche ungerechte Forderungen aus spreche.

Karlsruhe, 3. Febr. In der heutigen Sitzung des Badischen Landtages erklärte der Präsident, daß der Landtag auch diesmal hinter der deutschen Regierung stehe und daß zu hoffen sei, es würden alle deutschen Parlamente wie ein Mann hinter der deutschen Regierung stehen.

Stuttgart, 3. Febr. Die heutige Sitzung des Württembergischen Landtages wurde mit einer Kundgebung gegen die Forderungen der Entente eröffnet. Der Präsident betonte, in Württemberg bestehe über die Ablehnung dieser Forderungen nur eine Meinung, nämlich der Untergang als chlofes Staatsleben.

Hamburg, 3. Febr. Die hamburgische Bürgererschaft wurde sich vor Beginn der gestrigen Sitzung in Anwesenheit des verammelten Senats in

einer eindrucksvollen Kundgebung gegen die unerfüllbare Forderung der Entente. Die Kommunisten gaben vor fast leerem Saal eine Erklärung ab, die sich gegen den internationalen Kapitalismus wandte.

Heißsporne.

Paris, 3. Febr. „Le Temps“ schlägt in seinem heutigen Leitartikel im Anschluß an eine Betrachtung über die gestrige Rede des Reichsministers Dr. Simons unter Berufung auf Artikel 270 des Versailler Vertrages vor: 1. daß die alliierten Regierungen, jede in ihrer Befehlsgewalt, Befehl von den Deutschen zu nehmen; 2. daß sie durch eine Vollstreckung des besetzten deutschen Gebietes von dem nichtbesetzten trennen; 3. daß die alliierten Regierungen unversöhnlich ein Vollregime für das besetzte Gebiet ausarbeiten.

„Petit Journal“ ist der Ansicht, daß es das gute Recht der deutschen Regierung sei, gegen vorläufige Maßnahmen zu machen. Andererseits aber verpflichte der Vertrag in seiner Weise die alliierten Regierungen, die deutschen Einwendungen zu beraten. Das sei die in Europa angemessene Methode, und Deutschland habe nicht derartige Beweise seines guten Willens gegeben, daß Veranlassung vorliege, eine andere Methode zu wählen.

Volkseinheit und Wahlkampf.

Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei hat einen Aufruf erlassen, indem er angeht, daß die vernünftigen Pariser Beschlüsse es für dringend erforderlich hält, alles dazu beizutragen, was der Einheit und Geschlossenheit des deutschen Volkes dienen kann. Er fordert seine Parteigenossen auf, in der bevorstehenden Wahlperiode die Notwendigkeit der vaterländischen Einheit voranzutreiben, und bittet dringend, sich auf eine ruhige und objektive Würdigung der parteipolitischen Ideale für diese Wahl zu beschränken und unter allen Umständen auch im Falle notwendiger Verteilung sich jedes verlegenden Angriffs auf irgend eine andere Partei zu enthalten.

Wir können uns dem Vorgehen nur anschließen. Die traurigen Erfahrungen der Vergangenheit haben nicht zuletzt deshalb weite Volksteile dem Parteileben entfremdet, weil sie sich von dem oftmals herrschenden Unverständnis der Kampfkampfe angegriffen fühlen. Soll man denn in Deutschland nicht anders als mit geschlossener Front kämpfen aufsteigen können, die notwendig, naturgemäß und zweckmäßig sind? In diesen Grenzen des einigenden Gesamtbewusstseins bleibt zur Vertretung der berechtigten Ideale Raum genug. Wir möchten wünschen, daß die Parteien allgemein endlich den Wünschen eines immer größer werdenden Kreises ihrer Anhänger Rechnung tragen und eine grundsätzliche und bindende Regelung der politischen Kampfesweise versuchen.

Ein entscheidender Antrag zum Wohnungsbau.

Berlin, 3. Febr. Ein Gesetzentwurf betr. die vorläufige Förderung des Wohnungsbauwesens ist von dem Reichskabinett an den Reichstag übergeben worden. Der Entwurf enthält die folgenden Bestimmungen: § 1. Die Länder sind verpflichtet, zur Förderung des Wohnungsbauwesens in den Reichsgemeinschaften 1921 und 1922 zusammen mindestens einen Betrag von 30 Mark auf den Kopf der Bevölkerung aufzuwenden.

§ 2. Zur Deckung der aufzuwendenden Beträge haben die Länder für die Rechnungsjahre 1921 bis längstens 1940 eine Abgabe von den Wohnungsberechtigten solcher Gebäude zu erheben, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind. An Stelle derartiger Abgaben können die Länder die aufzuwendenden Beträge auch durch Zuschüsse zu bestehenden oder neu einzuführenden Steuern vom Grundbesitz erheben; derartige Zuschüsse dürfen jedoch nur von bebauten Grundstücken und Gebäuden erhoben werden, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind.

Die Gemeinden (Gemeindeverbände) haben zu den von den Ländern zu erhebenden Abgaben nach näherer Bestimmung der Obersten Landesbehörde Zuschläge zu erheben.

Die Grundstücke für die Befestigung und Erhebung dieser Abgaben und Zuschläge treffen die Länder, sofern sie nicht bis 1. Mai 1921 durch Reichsgesetz geregelt sind. Bis zum Erlass eines derartigen Reichsgesetzes stellt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstags

allgemeine Grundätze über die Förderung des Wohnungsbauwesens mit den auf Grund dieses Gesetzes zur Verfügung zu stellenden Mitteln auf.

Die christliche Volkspartei.

Nach, 2. Febr. Die am 1. Februar in Nach tagende Rheinische Volksvereinigung und Christliche Volkspartei haben folgende Erklärung erlassen:

Die Rheinische Volksvereinigung und die Christliche Volkspartei haben bisher ehrlich versucht, eine Völkerverständigung und -versöhnung anzubahnen und besonders hier im Westen die Brücken zu bauen, die das ganze Deutschland um seine ehemaligen Gegner wieder vereinigen sollten. Diese Bemühungen sind durch das Verhalten der Pariser Konferenz endgültig vernichtet worden. Jetzt kann es für alle deutschen Völkervölker nur eine Lösung geben: Fort mit allem Zwist. Stärkung der Reichsregierung, hinter der das gesamte deutsche Volk geschlossen stehen muß.

Aus diesen Erwägungen heraus erklären die unterzeichneten Sekretariate, den jetzt im Gange befindlichen Wahlkampf mit der Parole: Los von „Preußen“ hiermit einzustellen, ohne damit ihren Standpunkt in der rheinischen Frage aufzugeben, der sich auf Paragraph 18 der deutschen Reichsverfassung stützt. Die bereits eingereichten Wahllisten werden von den Vertrauensleuten der unterstehenden Sekretariate zurückgezogen werden. Wir geben unseren Anhängern hiermit auf, bei den bevorstehenden preußischen Wahlen sich der Stimmgabe zu enthalten. Sekretariat Köln-Nach, der Christlichen Volkspartei, Sekretariat Köln-Nach, der Rheinischen Volksvereinigung, Nach.

(Das man es nicht unterlassen kann, das „Verhalten Preußens“ in einem Atem mit „Beschlüssen der Pariser Konferenz“ zu nennen ist, wieder einmal — typisch deutsch!)

Frankösischer Beteiligung an der Zepplinfahrt?

Freiburg, 3. Febr. Von beteiligter Seite erhalten wir folgende Zuschrift: Die Meldung, daß französische Interessenten eine Verbindung mit der Zepplinfahrt suchen, ist richtig, wenn auch ein Abkommen bisher nicht abgeschlossen wurde. Ein Abkommen mit ausländischen Gesellschaften, besonders auch mit solchen, die benachbart und uns vom Weltmeer trennen, ist aber unbedingt erforderlich, wenn die deutsche Luftschiffahrt nicht lang- und langsam aus der Welt verschwinden soll. Die Bestimmungen des Friedensvertrages und noch mehr seine Auslegung legen die deutsche Luftschiffahrt noch für geraume Zeit lahm, während das Ausland sich der Sache zu bemächtigen sucht und uns langsam aber sicher ausschaltet. Der Ausschluß Deutschlands aus der internationalen Luftschiffahrt-Konvention versperkt uns ferner jede Betätigungsmöglichkeit im Fernverkehr, der allein ein Feld für die Betätigung der Luftschiffahrt ist. Die einzige Möglichkeit für Deutschland, sich seine Mitwirkung und Förderung im Luftverkehr zu erhalten, liegt darin, Anschlag an diejenigen Staaten zu gewinnen, die für uns geographisch und politisch nicht zu ungenutzbar sind. Die westlichen Länder Europas und Amerikas jenseits des Ozeans müssen bezüglich der Entwicklung der Luftschiffahrt in gleichem Interesse mit Deutschland zusammenarbeiten, sonst wird kein deutscher, vielleicht überhaupt kein Fernluftverkehr unternommen werden können.

Alles schön und wohl. Aber kann man sich nicht seine Mitarbeiter ein wenig geschickter aussuchen? Wir brauchen nur an die Verbindung unserer Jagad mit der amerikanischen Harzrangergesellschaft zu erinnern, die doch in etwa der Lage gerecht geworden zu sein scheint.)

Im Angesicht von Paris

dürfte es angebracht sein, einmal darauf hinzuweisen, was eigentlich Artikel 233 des Versailler Vertrags über die Wiedergutmachung bestimmt:

„Der Betrag der bezeichneten Schäden, deren Wiedergutmachung Deutschland schuldet, wird durch einen internationalen Ausschuss festgestellt, der den Namen Wiedergutmachungsausschuss trägt und in der Form und mit den Befugnissen, wie nachstehend und in Anlage II bis VII ausgeführt, gebildet wird. Dieser Ausschuss prüft die Ansprüche und gewährt der deutschen Regierung nach Billigkeit Gehör. Die Beschlüsse dieses Ausschusses über den Betrag der oben näher bestimmten Schäden werden spätestens am 1. Mai 1921 aufgesetzt und der deutschen Regierung als Gesamtbetrag ihrer Verpflichtungen bekanntgegeben. Zu gleicher Zeit stellt der Ausschuss einen Zahlungsplan auf, der die Fälligkeitsszeiten und die Art und Weise vorschreibt, wie Deutschland vom 1. Mai 1921 ab seine gesamte Schuld in einem Zeitraum von 30 Jahren zu tilgen hat. Sollte jedoch im Laufe dieses Zeitraums Deutschland mit der Begleichung seiner Schuld im Rückstand bleiben, so kann die Zahlung jeder Restsumme nach Gutdünken des Ausschusses auf spätere Jahre verschoben werden oder unter Bedingungen, die die alliierten und assoziierten Regierungen entsprechend dem in diesem Teile des gegenwärtigen Vertrags vorgesehenen Verfahren festsetzen, eine anderweitige Behandlung erfahren.“

Das widerspricht in wesentlichen Punkten den Abmachungen in Paris.

Die Umgestaltung der Lehrerbildung.

In den Lehrerverbänden und in den Kreisen der einzelnen Lehrer wird dauernd lebhaft darüber diskutiert, warum die preussische Regierung in der Frage der Umgestaltung der Lehrerbildung bisher nichts Wesentliches getan habe. Zu dieser Frage, die auch grundsätzlich interessant ist, weil sie in die Schwerförmigkeit der Länder hineinführt, die ihre Finanzkraft eingebüßt haben und auf die finanzielle Initiative des Reiches angewiesen sind, erfahren die PPD. von gutunterrichteter Seite folgendes:

Ein Gesetzentwurf über die Umgestaltung der Lehrerbildung befindet sich im Reichsministerium des Innern in Vorbereitung. Die preussische Regierung ist an sich bereit, die Durchföhrung einer der neueren Anforderungen entsprechende Umgestaltung der Lehrerbildung nach Kräften zu fördern, wie alle Länder, durch die mit der Umgestaltung der Lehrerbildung verbunden finanziellen Fragen vom Reich in mancher Hinsicht abhängig. Nach den Bestimmungen des Landessteuergesetzes hat das Reich seinerzeit, um die Reichseinkommensteuer im Reichstag durchzusetzen, den Ländern die Zusage gegeben, ihnen alle Mehraufwendungen, die durch die durchgeführten Maßnahmen erwachsen, zu ersetzen. Eine Erklärung des Reiches über die Tragung der Mehrheitskosten war trotz aller Bemühungen der beteiligten preussischen Ressorts bisher nicht zu erzielen. Da die preussische Regierung nicht in der Lage ist, selbst für die Kosten aufzukommen, muß die Angelegenheit bis zur Klärung der Vorfrage ruhen.

Eine amtliche Erklärung über die Kollegengelder.

Von amtlicher Seite wird erklärt, daß ein Beschluß über die Erhöhung der Vorlesungsgebühren an den Universitäten und anderen Hochschulen bisher noch nicht gefaßt ist. Es handelt sich lediglich um Verhandlungen, die zwischen den beteiligten Ministerien geführt werden, und über die verschiedenen, zum Teil unzutreffende Gerüchte in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß eine Erhöhung der Kollegengelder mit Rücksicht auf die in anderen Ländern hohen Maße gestiegenen Kosten des Hochschullehrers im allgemeinen und für Laboratorien, Versuchsstellen, naturwissenschaftliche und medizinische Institute im besonderen kaum zu umgehen sein wird. Es wird keineswegs verkannt, daß mit der Erhöhung der Kollegengelder eine Erhöhung der wirtschaftlichen Lage der Studierenden verknüpft ist. Aber diese Belastung trifft die Studenten ganz verschieden zu schonen, vielmehr müssen von diesen unangenehme Lasten befreit werden, um daraus die Mittel für die Entlastung der materiell weniger Leistungsfähigen zu entnehmen.

„Die Frau Marchesa haben besprochen, so für die Signorina zu sorgen, als ob Excellenz es selbst wären“, sagte er mit strafendem Gesicht auf meinen sehr freundlichen Dank.

„Sie sind schon lange bei der Frau Marchesa?“ fragte ich.

„Ich habe die Ehre der Wilschbrüder von Excellenz zu sein und bin in ihrem Dienst, seit sie verheiratet ist“, war die stolze, ja fast feierliche Erwiderung, aus der ich noch etwas anderes erfuhr, nämlich das ungefähre Alter meiner Wilschbrüder.

„Welch schönes Gesicht muß Ihnen Ihre treue Anhänglichkeit an Ihre Herrin sein“, sagte ich freundlich ein Stückchen vom Herzen dieses treuen Dieners gewonnen, denn er sah mich dankbar mit stolzem Lächeln an. „Es war sehr glücklich von der Frau Marchesa“, fuhr ich fort, „Sie den zweiten Weg von Wien meinestwegen herzuführen. Ich freue mich sehr auf Venedig, so leid mir die Ursache tut, wegen der ich es sehen soll.“

Inzwischen waren zwei Damen eingetreten. Es mußten wohl Bekannte der Marchesa sein, denn sie redeten Luigi gleich an und fragten kausend und drei Fragen über seine Herrin mit einer Lebhaftigkeit, die genaugenommen den Seiten verriet, und die den Gefragten überdies gar nicht zu einer Antwort kommen ließ. Das Signal zur Wilschbrüder konnte übrigens bald, und als Luigi mir die Platte daraufrufen abnahm und sich damit entfernte, da fürchten sich die beiden Jungfrauen auf mich als auf das nächstherbeiziehende Opfer ihrer scheinbar schrankenlosen Neugier.

„Ich bitte tausendmal um Entschuldigung, wenn ich mir die Freiheit nehme, Sie anzusprechen, Madame“, begann die Ältere, über die ich dafür hielt, aber da wir den Kammerdiener der Marchesa della Spada in ihrem Gefolge sahen, geben wir wohl nicht fehl, wenn wir vermuten, daß Sie die Richtige der Marchesa, Donna Laura Rocconforte sind!“

(Fortsetzung folgt.)

Ca' Spada.

Eine Tragödie aus dem alten und ein Mysterium aus dem modernen Venedig von G. von Adersfeldt-Ballestrin.

Der Ältere, sehr Vertrauen erweckende Diener verbeugte sich tief vor mir und reichte mir statt aller Antwort einen Brief den ich eifrig entgegennahm. Hastig riß ich das Kuvert vom dicken Gipspapier mit dem in Silber und Gold wunderbar geprägten Monogramm auf und überflog den deutsch mit lateinischen Buchstaben geschriebenen Inhalt:

„Liebes Fräulein von Geroldau“, schrieb die Marchesa, „infolge der plötzlichen Erkrankung meiner Tochter, der Fürstin A. A., die sogleich einen bedrohlichen Charakter annahm, bin ich leider außerstande, mit Ihnen in Triest zusammenzutreffen, und muß Sie nun bitten, mich in unseren Hause in Venedig zu erwarten, wohin mein Kammerdiener Luigi, der Überbringer dieser Zeilen, beauftragt ist, Sie zu führen. Das Haus war freilich lange nicht bewohnt, so daß ich Sie bitten muß, alle die Unvollkommenheiten zu entschuldigen, die Sie dort wahrscheinlich finden werden. Aber ich halte mich einerseits nicht für berechtigt, Sie hierher nachkommen zu lassen, da die Krankheit meiner Tochter anstehend zu werden scheint und ich Ihre Gesundheit dieser Probe nicht aussetzen darf, — andererseits will ich Sie auch nicht allein in einem Hotel auf mich warten lassen und denke daher, daß dies am besten in unserem eigenen Hause in Venedig geschieht. Bitte, suchen Sie sich dort die Ihnen passenden Zimmer aus — im übrigen steht das ganze Haus völlig zu Ihrer Verfügung. Sie werden sich darin manches finden, das Ihnen über die Einfachheit der Stunden angenehm hinhelfen wird. Der Verwalter ist angewiesen, alle Ihre Wünsche zu erfüllen. Auf eine baldige Begegnung hoffe ich. Ottavia della Spada.“

Mit einem Seufzer der Erleichterung faltete

ich den Brief wieder zusammen: welch gütiger, rücksichtsvoller Frau hatte mich da mein aues Geschick wieder zugeführt! Mit welchem Verständnis für meine Lage kam sie mir entgegen, und für welch keinen Last sprach schon der Umstand, daß sie die Sache nicht telegraphisch mit mir abmachte und mich einfach nach Venedig kommandierte, sondern mir ihren eigenen Diener sandte, um mich von ihm dahin geleiten zu lassen. Und wenn dabei auch Schicksalskräfte mitsprachen, — die Güte blieb doch das Reimotiv.

„Wann bezieht die Frau Marchesa, daß ich nach Venedig abreise?“ fragte ich den Diener.

„Excellenz haben nichts befohlen“, erwiderte Luigi, seine Lippen zuckend. „Um zwölf Uhr geht aber der Güterzug, Signorina, den ich gehoramt als den besten zur Abreise empfehlen möchte. Es ist jetzt eben zehn Uhr vorbei, und wenn Signorina eine collatione einzunehmen wünscht, so haben Frau Marchesa eine solche zu servieren befohlen.“

Für dieses war ich nun sehr empfänglich. Die Nachtkahrt nebst vorhergehender Tagfahrt von Montreux nach Triest lag mir noch schwer in den Gliedern, und von einem Frühstück war bisher ohnehin nicht die Rede gewesen. Ich ließ mich daher willig genug in einen der kleinen Speiseflässe führen, nahm gern von dem herrlich und elegant gedeckten Tisch zu einem Couvert Platz und verzehrte mit Genuß die „collatione“, die eigentlich ein kleines Dinner war, hervorragend gut gekostet und ebenso reizend wie appetitlich serviert. Nachdem ich mich also gestärkt und zum nachfolgenden Mokka noch die neuesten Zeitungen gelesen, brachte Luigi mich im Hotel-Vandauer zur Bahn, „verhüllte“ mich gewissenhaft in einem Koupée erster Klasse, und dahin sauste der Güterzug mit mir, dem Ziel meiner Sehnsucht, Venedig, entgegen, vorbei an dem steingewölbten Raum eines Kaisers, Schloß Miramare, weiter, weiter, bis die Gasse der Adria wieder den Blicken entfiel, durch blühende Landschaften dahin in unaufhaltsamer Eile.

Venedig! Mein Herz klopfte bei dem Gedanken, daß ich Venedig sehen sollte, für das ich eine leidenschaftliche, schwärmerische Vorliebe hegte. Venedig hatte ich gesehen, was es zu sehen gab an geschichtlichen und kunstgeschichtlichen Werten, an Chroniken, Romanen und Sagen; ich hatte mir Bilder gemalt, o, eine ganze Mappe voll von Ansichten der Wunderstadt und ihren Kunstschätzen, und wenn ich jetzt nur einmal ganz ungebunden zu träumen mit offenen Augen, dann sah ich mich als Dogaresse durch die goldsternen Gemächer des Dogenpalastes raufen, oder als Herrin durch einen der allen wunderbaren Paläste am Kanale gründe schweben, oder nachts tiefverschleiert in schwarzer Gondel durch die Wasserstraßen der Stadt huschen. Wenn ich aber Lustschöner baute — und wer in der Welt hat sich noch niemals bei Versuchen in diesem Maße der Architektur erlappt, — dann war's sicher ein Palast in Venedig, in welchem sich meine Ideen von künftigen Glorie und künftiger Größe konzentrierten und wieder zerrannen.

Und nun sollte ich unverhofft, durch eine zufällige Verteilung von Ereignissen, nach Venedig gelangen! „Unter Haus“ hatte die Marchesa in ihrem Briefe den meiner Bestimmung genannt, und ich brante darauf, mehr darüber zu erfahren. Und von wem? Im Hotel zu Triest hatte mich ein Kellner bedient, der Aufseht auf dem Bahnhof war zu kurz gewesen, und ich hatte also noch gar keine Gelegenheit gehabt, einige Fragen an Luigi zu richten, der in einem Abteil zweiter Klasse im Zuge saß. Der Aufenthalt in Gorb, der ehemaligen Residenz der einst so mächtigen, gefürchteten Grafen gleichen Namens, war nur ein ganz kurzer, das Gedächtnis auf der Grenzstation Wille fürchterlich, und Luigi erschien mir, um mein Handgepäck nach dem Revisionsaal des Zollamtes zu fragen und dem letzten Augenblick wiederzubringen. In Triest war aber dann ein längerer Aufenthalt, der sehr aufmerksam Luigi brachte mir eine Platte mit köstlichen Früchten und seinem Gedächtnis ins Koupée — eine angenehme Erfrischung.

der
leu

Deutscher
Grunder
bei Wilsch
Niederst.

(Kaar) 18
von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

von der
von der

